

Die Säulen einer „Hegemonie der Vielen“

Der Begriff „Hegemonie“ entstammt dem altgriechischen *hēgemonía* (Führung bzw. Heerführung) und beschreibt im politischen Kontext die Vorherrschaft eines Staates gegenüber einem respektive mehreren anderen Staaten. Die Überlegenheit des vorherrschenden Staates kann hierbei auf einem kulturellen, militärischen oder auch einem wirtschaftlichen Fundament fußen, wobei auch eine Kombination dieser Beherrschungsfelder möglich ist.¹ Die hegemonial beherrschten Staaten wiederum sehen sich in den betroffenen Beherrschungsfeldern mit einer Einschränkung der Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten konfrontiert. Dadurch, dass Hegemonialstrukturen mit oder ohne die Einwilligung des untergeordneten Staates entstehen können, kann anhand der bloßen Existenz solcher Strukturen noch keine Aussage über deren Legalität bzw. Legitimität getroffen werden – sprich, der Begriff dient lediglich der wertungsfreien Beschreibung der politischen Überordnungsstruktur.²

Nach Antonio Gramsci wird unter dem Begriff der Hegemonie ein Herrschaftstypus verstanden, welchem die Fähigkeit zugrunde liegt, die Durchsetzung eigener Interessen zu bewerkstelligen, indem diese gegenüber der breiten Masse als Allgemeininteressen deklariert werden. Im Regelfall erfolgt dies nicht unter Anwendung von offenem Zwang. Vielmehr beruht dieser Ansatz auf Kompromissen und konsensualen Lösungen auf Ebene von allseits geteilten Auffassungen hinsichtlich der grundlegenden Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung.³ Somit kann der Staat respektive die Gruppe, welche die Macht anstrebt, die Hegemonie nicht direkt verordnen. Stattdessen muss diese errungen und in weiterer Folge aufrechterhalten werden, da es sich bei der Hegemonie um ein dynamisches Element handelt, welches ständig im Fluss befindet. Der Ort der Auseinandersetzung, an dem die Hegemonie errungen bzw. um deren Aufrechterhaltung gefochten wird, wurde von Gramsci als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang spricht Gramsci von „kultureller Hegemonie“, welche zur Produktion zustimmungsfähiger Ideen respektive der Übersetzung weltanschaulicher Auffassungen in den „gesunden Menschenverstand“ dient.⁴

Diese als „Deutungshoheit“ zu interpretierende Form der Hegemonie stellt für Gramsci die Grundvoraussetzung bzw. Bedingung zur Ausübung einer politischen Herrschaft dar. Die Medien sowie die damit verbundenen Formen der Kommunikation werden hierbei als die bedeutendsten Instrumente angesehen, durch deren Einsatz die Verbreitung und Einübung von Deutungsmustern in der Zivilbevölkerung erfolgt. Obwohl die verbreiteten Deutungsmuster

¹ Vgl. Schneider/Toyka-Seid (2023) online

² Vgl. Kempen (2022) online

³ Vgl. Brand/ Scherrer (2005) S. 6

⁴ Vgl. Skrobisz (2020) online

dem Machtinteresse der Herrschenden Subjekte dient werden diese paradoxerweise von der beherrschten Bevölkerung als Eigenbesitz erfahren bzw. interpretiert.⁵ Hierdurch sind die herrschenden Kräfte auch imstande, vorzugeben, auf welchen institutionellen und diskursiven Terrains die Kompromissbildungen respektive Auseinandersetzungen erfolgen.⁶

Die Notwendigkeit dieses Vorgehens rührt daher, dass eine stabile Herrschaft in bürgerlichen Gesellschaften nicht auf einem Fundament bloßer Gewalt respektive Zwang geschaffen werden kann, sondern der Überzeugung der Beherrschten bedarf, da die herrschende Ordnung ihre Stabilität durch den Konsens ihrer Mitglieder erhält. Im Umkehrschluss stellt die Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses eine vorentscheidende Größe für den Erfolg von revolutionären Umbrüchen dar.⁷

Wenn man nun die mit einer kulturellen Hegemonie einhergehende Macht respektive Fähigkeit zur Durchsetzung von Interessen bzw. der dieser vorangehenden Steuerung des gesellschaftlichen Diskusses nicht in den Händen einzelner Individuen bündelt, sondern in die Obhut einer breiten, sämtliche Gesellschaftsschichten übergreifenden Basis an Menschen übergibt, wird von einer „Hegemonie der Vielen“ gesprochen. Die Organisation einer kollektiven Produktion zustimmungsfähiger Ideen kann auf verschiedenen Ebenen (z.B. geographisch: national, regional, lokal) erfolgen, wobei die folgenden Aspekte die Funktion der tragenden Säulen dieser kollektiven Produktion einnehmen können:

- Dezentralisierte Machtstrukturen
- Stärkung der Gemeinschaft
- Partizipative Entscheidungsfindung
- Schaffung bzw. Gewährleistung von Gerechtigkeit und Fairness
- Förderung von Bildung und Information.

Zudem spielen Ideologien und die diesen zugrundeliegenden Werte sowie Spiritualität respektive Religion sowohl in revolutionärer als auch konservativer Hinsicht eine tragende Rolle, zumal sie ökonomische Verhältnisse transzendieren können.⁸

Im Rahmen dieses Papiers werden die oben genannten Aspekte im Kontext einer „Hegemonie der Vielen“ erörtert, bereits existierende Beispiele aufgezeigt und darauf aufbauend mögliche Handlungsempfehlungen abgegeben.

⁵ Vgl. Meyer (2022) online

⁶ Vgl. Brand (2005) online

⁷ Vgl. Degtes (2021) online

⁸ Vgl. Jacobitz (1991) S. 9

Einleitung

Am 16.03.2020 erhielten sämtliche Mitarbeiter*innen des IT-Tochterunternehmens eines österreichischen Versicherungskonzerns eine SMS von ihren Führungskräften, mit der Bitte, an diesem Tag nicht im Büro zu erscheinen, sondern von zu Hause zu arbeiten. Eine ähnliche Benachrichtigung erhielten viele weitere Berufstätige. Ein sich global verbreitendes Virus hatte sich seinen Weg nach Mitteleuropa gebahnt und die Regierung der Alpenrepublik dazu veranlasst, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Die schwarz-grüne Koalition sah sich jedoch nicht allein mit dieser Mammut-Aufgabe konfrontiert. Rund um den Globus teilten die Regierungen sämtlicher Staaten dasselbe Schicksal. Eine Reflexion der Konsequenzen, welche aus der Pandemie bzw. der zu ihrer Eindämmung gesetzten Maßnahmen erwachsen sind, wird noch Jahre in Anspruch nehmen.

Was sich jedoch bereits jetzt mit aller Deutlichkeit feststellen lässt, ist, dass in sämtlichen Lebensbereichen kein Stein mehr auf dem anderen bleibt. Ein „Black-Swan“-Ereignis (Schwarzer Schwan) ist eingetreten. Das Konzept des „Black-Swan“ wurde vom Autor Nassim Taleb geprägt, welcher mit diesem Begriff Ereignisse charakterisiert, welche aufgrund ihrer Rarität, der Unvorhersehbarkeit und der mit ihr einhergehenden immensen Wirkung die Gesellschaft aus bekannten Mustern reißen und diese sich mit einer gänzlich neuen Situation konfrontiert sieht.⁹ Die Implosion der Immobilienblase im Jahr 2008 stellt ein weiteres prominentes Beispiel für dieses Konzept dar. Die Lockdowns, die Reisebeschränkungen sowie die Unterbrechung der globalen Lieferketten hatten, analog zur Finanzkrise des Jahres 2008, einen Stillstand der Wirtschaft bzw. eine Talfahrt auf den Aktienmärkten zur Folge.

Das ökonomische Uhrwerk verblieb jedoch nur temporär in ihrer Erstarrung und bannte sich bald, Wasser gleich, neuer Wege, um ihre Zahnräder wieder in Gang zu setzen. Sämtliche Lebensbereiche von Handel (z.B. E-Commerce), Finanzwesen (z.B. E-Banking, Kryptowährungen), Bildung (z.B. virtuelle Vorlesungen, Fernstudium), Verwaltung (z.B. E-Governance) als auch Kommunikation (z.B. Club House, Reddit, Metaverse) unterzogen sich einer Digitalisierung. Aus den hierbei generierten Datenströmen resultiert in Kombination mit der all diese Lebensbereiche tangierenden Globalisierung eine Dynamik, welche wie ein Lauffeuer den bisher akzeptierten gesellschaftlichen und politischen Konsens – die Hegemonie – erfasst. Die mit der Digitalisierung und dem technologischen Fortschritt einhergehende Dynamik verdrängt in einem Akt der „schöpferischen Zerstörung“ die vorhandene hegemoniale Struktur und lässt, einem Phönix gleich, aus der Asche des Gewesenen eine „Hegemonie der Vielen“ entstehen“. Information, die Kommunikation dieser

⁹ Vgl. Taleb (2008)

Information und was viel wichtiger ist, die Wahrheit ist an keine physischen Grenzen mehr gebunden.

Ein Wesentliches Merkmal von Hegemonien sind zentralisierte Machstrukturen (z.B. Vereinigte Staaten von Amerika auf internationaler Ebene, Russland im Eurasischem Raum, Deutschland auf Ebene der Europäischen Union). Die oft auf militärischer oder wirtschaftlicher Überlegenheit beruhende Machtposition des Hegemonen führt dazu, dass dieser die besessene Überlegenheit nutzt, um auf geostrategischer respektive geopolitischer Ebene eigene Interessen durchzusetzen und andere Staaten, beispielsweise durch den Einsatz von extraterritorialen Sanktionen, zwingt, die notwendigen Maßnahmen mitzutragen (siehe Iran-Sanktionen und Kuba-Embargo durch USA). Hierdurch werden gezielt die sich dem Hegemonen widersetzenden Staaten, Organisationen und Akteure handlungsunfähig gemacht.

Im 21. Jahrhundert sehen sich Staaten, Organisationen und Akteure jedoch nicht mehr mit einem einzigen Hegemonen konfrontiert. Mit einem Marktanteil von über 90% stellt Google (Alphabet Inc.) den dominanten Akteur in der Online-Suchmaschinenbranche dar und besitzt hierdurch die Möglichkeit, zu beeinflussen, welche Vorschläge und Antworten man auf seine Suchanfragen erhält, was wiederum eine Möglichkeit darstellt, den Diskurs zu „sensiblen“ Themen zu Gunsten Einzelner zu beeinflussen. Facebook (Meta Platforms, Inc.) besitzt mit den Töchtern Instagram und WhatsApp die persönlichen Daten von Milliarden von aktiven Nutzern*innen, was dem Konzern ermöglicht, durch Algorithmen erblichen Einfluss auf die Verbreitung von Informationen zu nehmen und in weiterer Folge die öffentliche Meinung zu gestalten. Im US-Präsidentenwahlkampf 2020 wurde von der New York Post ein Artikel veröffentlicht, in welchem, basierend auf geleakten E-Mails, Vorwürfe gegen den Sohn des Präsidentschaftskandidaten Joe Biden erhoben wurden. Twitter blockierte die Verbreitung dieses Artikels, womöglich wie von republikanischer Seite unterstellt, um politisch motivierte Zensur zu betreiben. Es wird deutlich, dass sich den existierenden hegemonialen Strukturen mannigfaltige Möglichkeiten bieten, ihre Interessen durchzusetzen bzw. jenen der „Opposition“ zu konterkarieren. Ähnlich verhält es sich in (halb-)autoritär regierten Staaten bzw. Diktaturen, in welchen sich Demokratie- bzw. Unabhängigkeitsbewegungen (z.B. Regenschirm-Bewegung in Hongkong), unter Anwendung von fadenscheinigen Argumenten mit Repressalien konfrontiert sehen.

Bürgerbeteiligung und partizipative Entscheidungsfindung

Wie können nun im Umkehrschluss, wenn die Lösungs- bzw. Entscheidungsfindung auf möglichst viele Schultern verteilt werden soll, Bürger*innen dazu animieren werden, sich am politischen Diskurs zu beteiligen bzw. diesen mitzugestalten? Ein hierbei opportunes Mittel stellt die Subsidiarität dar. Im Rahmen der Subsidiarität werden Entscheidungsbefugnisse, Zuständigkeiten und Ressourcen von der nationalen auf eine subnationale Ebene übertragen, wodurch sich öffentliche Leistungen, den Bedürfnissen der lokalen Bürger*innen entsprechend (bürgernah), transparent, bedarfsgerecht und in weiterer Folge effektiver und effizienter zukommen lassen. Die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung sind ihrer Verwaltungseinheit bekannt. Hierdurch ist die dezentrale Verwaltungseinheit imstande, diese Bedürfnisse und Präferenzen unmittelbar in ihre Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, wodurch einerseits die politische Beteiligung der Bürger*innen gefördert wird und andererseits ein Beitrag zu Stärkung einer lebendigen Demokratie beigetragen wird.¹⁰ Nichtsdestotrotz ist diese dezentrale Verwaltungseinheit (theoretisch) imstande, entgegen den Bedürfnissen der Bürger*innen zu handeln bzw. sind die Bürger*innen darauf angewiesen, dass die dezentrale Verwaltungseinheit ihrem Willen folgend, Entscheidungen trifft.

Bei der direkten Demokratie (plebiszitäre Demokratie) hingegen werden politische Entscheidungen unmittelbar vom Volk getroffen und den Behörden obliegt lediglich die Umsetzung bzw. Ausführung der von der Bürger*innen getroffenen Entscheidung. Die richtungsweisende Maxime hierbei ist, dass sich der Volkswille, so unverfälscht wie möglich, als politische Entscheidung manifestiert.¹¹ In der heutigen Zeit müssen aufgrund der Regeldichte Aufgaben an Volksvertreter*innen delegiert werden, was in weiter Folge dazu führt, dass im 21. Jahrhundert keine vollständig umgesetzte direkte Demokratie herrscht. Global gesehen, hat von allen existierenden Demokratien die Schweiz die weitestreichenden direktdemokratischen Elemente vorzuweisen. In der Form einer halbdirekten Demokratie hat die Schweiz direktdemokratische Elemente auf allen politischen Ebenen (Gemeinde, Kanton, Bundesstaat) implementiert.¹²

Im Kontext einer „Hegemonie der Vielen“ stellen direktdemokratische Instrumente ein opportunes Vorgehen dar, um präventiv zu verhindern, dass eine kleine Gruppe an Entscheidungsträger*innen ihre eigenen Interessen als die der gesamten Bevölkerung deklariert. Als direktdemokratische Instrumente sind hierbei beispielsweise Volksabstimmungen, Volksbefragungen, Volksbegehren, oder Europäische Bürgerinitiativen zu nennen.¹³ Auf Europäischem Gebiet stellt Deutschland den einzigen Staat dar, in welchem

¹⁰ Vgl. GIZ GmbH (2023) online

¹¹ Vgl. Schuber/Klein (2020) o. S

¹² Vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft (2023) online

¹³ Vgl. oesterreich.gv.at-Redaktion (2023) online

seit Ende des zweiten Weltkrieges keine Volksabstimmung (Volksentscheid) auf nationaler Ebene durchgeführt wurde. Hierfür hat der Verein „Mehr Demokratie“ neben einem Entwurf für die notwendige Grundgesetzesänderung einen Vorschlag für das Ausführungsgesetz erarbeitet, welcher ein Mehr an direkter Demokratie gewährleistet, sich aus Erfahrungswerten aus der gelebten Praxis der direkten Demokratie in den deutschen Bundesländern, den USA sowie der Schweiz speist und sich in Form der folgenden drei Punkte manifestiert:

1. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide

Gesetzesentwürfe und politische Vorschläge werden von Bürger*innen erarbeitet, wobei die Ausgangsbasis sämtliche Themen darstellen, welche auch vom Bundestag behandelt werden. In weiterer Folge bedarf es 100.000 Unterschriften, damit der Vorschlag als Volksinitiative im Bundestag behandelt wird. Wird der Vorschlag durch den Bundestag mit einer Ablehnung goutiert, besteht die Möglichkeit der Beantragung eines Volksbegehrens. Für ein Volksbegehren sind eine Million Unterschriften notwendig, für grundgesetzändernde Volksbegehren 1,5 Millionen. Im Falle bestehender Zweifel hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Vorschlages kann durch ein Drittel des Bundestages bzw. der Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht zur Prüfung des Vorschlages aufgerufen.

Im Zuge von Volksentscheiden kann durch den Bundestag ein Alternativvorschlag zur Abstimmung gestellt werden. Alle Haushalte erhalten ein Abstimmungsheft. Entscheidungsgebend ist die einfache Mehrheit. Grundgesetzändernde Volksentscheide benötigen zudem die Mehrheit in den Bundesländern.

2. Fakultative Referenden

Durch den Bundestag verabschiedete Gesetze, treten erst nach 100 Tagen in Kraft. Sofern im Rahmen dieses Zeitfensters ein gegen dieses Gesetz gerichtetes Volksbegehren gestartet wird und dabei 500.000 Unterschriften generiert, muss das Gesetz dem Souverän des Staates vorgelegt werden und tritt erst in Kraft, wenn es die Mehrheit der Stimmen im Zuge des Volksentscheides erhält.

3. Obligatorische Referenden:

Volksentscheide haben zwingend zu erfolgen, wenn das Grundgesetz geändert werden soll oder Kompetenzen auf die Europäische Union (EU) übertragen werden.¹⁴

Während das Recht der Bevölkerung durch direktdemokratische Instrumente ihren Willen kundzutun bzw. die Pflicht der jeweiligen Regierung, sich diesem Willen zu beugen, eine Seite der Medaille darstellt, muss, um eine „Hegemonie der Vielen“ gewährleisten zu können, zudem

¹⁴ Vgl. Mehr Demokratie (2018) S. 8f

sichergestellt werden, dass möglichst niederschwellige Angebote existieren, die es den Bürger*innen ermöglichen, sich zu Petitionen und Bürgerinitiativen zu informieren, diese zu unterstützen oder selbst auf einfachem Wege Volksbegehren zu initiieren. Sich auf die sämtliche Aspekte des modernen Lebens durchziehende Digitalisierung stützend, bieten sogenannte E-Petitionsplattformen, E-Konsultationen und Bürgerbeteiligungsplattformen (E-Government) probate Werkzeuge, den Bürger*innen entsprechende digitale Services zur Verfügung zu stellen.

E-Petitionsplattformen ermöglichen es Bürger*innen sich möglichst niederschwellig in politische Prozesse einzubringen und hierdurch Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen auszuüben. Eine solche Petitionsplattform wird beispielsweise von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt. Sobald eine über die Plattform initiierte Petition die Unterstützung von 500 Wiener*innen erlangt, ist der Gemeinderat verpflichtet, diese im Petitionsausschuss zu behandeln.¹⁵

Damit die Implementierung von E-Government-Instrumenten erfolgen kann, müssen bestimmte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine Voraussetzung ist etwa die partizipative Planung, welche sicherstellt, dass die Entscheidungsfindung von Beginn an unter Einbeziehung von Expert*innen, Bürger*innen und lokalen Communities erfolgt. Im Kontext einer größtmöglichen Partizipation im Zuge der Entscheidungsfindung muss gewährleistet werden, dass die zum Einsatz kommenden Technologien möglichst barrierefrei, sprich inklusiv sind, zumal das Ausmaß der sprachlichen und technologischen Kenntnisse der partizipierenden Bürger*innen stark variieren kann. Analog zur Implementierung von inklusiven Technologien müssen die Bürger*innen hinsichtlich ihrer digitalen Kompetenzen gefördert werden, um die gebotenen E-Government-Instrumente auch nutzen zu können. Zudem ist sicherzustellen, dass sich die Bürger*innen möglichst niederschwellig über die Aktivitäten bzw. Entscheidungen der Regierung informieren können. Nicht zuletzt gilt es den Glauben bzw. Gewissheit der Bürger*innen zu stärken, dass die von ihnen unterstützten bzw. selbst eingebrachten Initiativen, unter Voraussetzung der Erfüllung der vorab definierten Kriterien, auch tatsächlich umgesetzt werden.

Im Kontext von E-Government-Initiativen bietet sich hierzu der Einsatz von „Smart Contracts“ an. Bei „Smart Contracts“ handelt es sich um selbstausführende Verträge auf Software-Basis, welche die Hinterlegung verschiedenster Vertragsbedingungen ermöglichen. Im Zuge des Vertragsverlaufs können bestimmte verknüpfte Aktionen (z.B. Freigabe budgetärer Mittel für den Ausbau von Frauenhäusern) ohne menschliche Intervention ausgeführt werden, wenn das hierzu auszulösende Ereignis (z.B. Erreichung von 200.000 Stimmen über eine online-Petition) eintritt. Eine dezentrale Speicherung und Authentifikation auf Basis von Blockchain-

¹⁵ Vgl. Stadt Wien (2023) online

Technologien sowie die hierauf beruhende Unveränderlichkeit schafft hierbei das größtmögliche Vertrauen.¹⁶

Konkret könnte dies an folgendem Beispiel nachvollzogen werden:

Schritt 1: Die Regierung stellt ein „disponibles“ Budget (z.B. 5.000.000,00 EUR) zur Verfügung.

Schritt 2: Eine offizielle E-Government-Petitionsplattform wird von der Regierung zur Verfügung gestellt. Hier können Petitionen zur Verwendung dieser Budget-Mittel – z.B. zum Ausbau von Frauenhäusern – erstellt und eingereicht werden.

Schritt 3: Eine entsprechende Petition wird von Bürger*innen eingereicht (inkl. persönlicher Kommentare und Begründungen).

Schritt 4: Zur Verwaltung der Abstimmung über die Petition kommt eine Smart-Contract-Plattform auf Blockchain-Technologie-Basis (z.B. Ethereum) zum Einsatz. Die hierdurch jeder teilnehmenden Person zur Verfügung gestellte, eindeutige, digitale Identität, bestätigt ihre Berechtigung zur Abstimmung.

Schritt 5: Der Smart Contract wird derart programmiert, dass dessen Aktivierung die Erfüllung bestimmter Bedingungen (z.B. 200.000 Stimmen) voraussetzt.

Schritt 6: Die Bürger*innen haben eine vorab definierte Zeitspanne zur Stimmabgabe. Die Stimmzählung erfolgt automatisch auf Basis des Smart Contract.

Schritt 7: Sofern innerhalb der definierten Zeitspanne die notwendige Anzahl an Stimmen abgegeben wird, werden die budgetären Mittel für den Ausbau von Frauenhäusern, entsprechend der vorab definierten Vorschriften und Regelungen, bereitgestellt.

Schritt 8: Um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürger*innen sicherzustellen, wird eine öffentliche Webseite zur Verfügung gestellt, anhand der in Echtzeit die Verwendung der finanziellen Mittel bzw. der Fortschritt des Ausbaus der Frauenhäuser nachvollzogen werden kann.

Selbstverständlich gilt es im Zusammenhang mit genanntem Beispiel rechtliche Fragestellungen sowie Datenschutz-Aspekte zu berücksichtigen. Nichtsdestotrotz bietet die Kombination aus E-Government-Instrumenten und Smart Contracts ein probates Mittel, um die Bürgerbeteiligung respektive partizipative Entscheidungsfindung zu fördern.

¹⁶ Vgl. Mitschele (2019) online

Dezentralisierte Machtstrukturen und Stärkung der Gemeinschaft

Die Kombination aus Globalisierung und Digitalisierung hat zur Folge, dass die Welt zusammenwächst. Ein Militärputsch in Gabun, ertrunkene Flüchtlinge vor Italiens Küste oder die Umleitung von radioaktiv-verseuchtem Wasser in's Meer vor Japans Küste, man ist auf dem neuesten Stand über die globalen Ereignisse. Diese Vernetzung ermöglicht auch die Identifikation von globalen Herausforderungen und Gefahren (z.B. Klimawandel). Obwohl die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels wissenschaftlich bewiesen sind¹⁷, wird dieser von prominenten Staatsoberhäuptern relativiert bzw. in Frage gestellt. Das Setzen von mitigierenden Maßnahmen wird zudem dadurch erschwert, dass sich die Klima-Aktivist*innen rund um den Äquator mit den hegemonialen Strukturen des Energie-Sektors (Öl- und Gasproduzenten wie etwa Russland, Saudi-Arabien bzw. OPEC) konfrontiert sehen, welche in einigen Staaten aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen und einer entsprechenden wirtschaftlichen Hebelkraft erheblichen politischen Einfluss auf die Energiepolitik sowie die Umweltregulierungen haben.

Dass sich trotz der Öl-Milliarden und des Lobbyismus Schüler*innen und Jugendliche im Zuge von „Fridays for Future“-Demonstrationen weltweit als Gegenbewegung hierzu organisieren, unterstreicht, dass sich durch das Internet bzw. die die hierdurch zur Verfügung gestellten Möglichkeiten, neue Formen von online-Gesellschaften/ Netzwerken schaffen lassen. Wichtig anzumerken ist hier auch, dass Bewegungen wie etwa „Fridays for Future“, der „Arabische Frühling“ oder „Occupy Wall Street“ trotz globaler Wahrnehmung, lokal als „Graswurzelbewegung“ auftraten. Statt einer zentralen Schaltstelle erfolgte die Organisation bzw. Koordination von Aktionen auf nationaler/ lokaler Ebene sowie im Rahmen von spontanen Zusammenschlüssen.

Diese Organisationsform beruht auf einem Fundament, dessen Tragfähigkeit sich aus einer ausgeprägten Partizipation und dem Engagement der lokalen Gemeinschaft zusammensetzt und danach strebt, kollektive Lösungen für lokale bzw. globale Herausforderungen zu identifizieren sowie gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Angespornt werden die Aktivist*innen dadurch, dass das vorherrschende System, welches sie umgibt, keine zielführenden Lösungswege bietet, weshalb sich die Aktivist*innen über die existierenden Regeln und Konventionen hinwegsetzten. Hervorzuheben ist, dass hier nicht beliebig oder destruktiv vorgegangen wird, sondern sämtliche Bestrebungen und Handlungen in bester Absicht der Erreichung der gemeinsamen Ziele dienen. Die Handlungen manifestieren sich etwa in Form von in Eigenregie initiierten Einzelaktionen, welche in kleinen oder größeren

¹⁷ Vgl. NASA (2023) online, IPCC (2023) online

Gruppen umgesetzt werden. Hieraus resultiert, dass diese Bewegungen ein Gegenmodell zu top-down Machtstrukturen bieten und dabei eine vielfältigere Beteiligung ermöglichen.¹⁸

Die Beispiele „Fridays for Future“, der „Arabische Frühling“ oder „Occupy Wall Street“ unterstreichen, dass diese Bewegungen sich von ihren eigentlichen Initiator*innen „entkoppelten“ (Greta Thunberg, Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi sowie die Aktivistengruppe Adbusters) und hieraus eine eigene Dynamik entstand. Beispielsweise gingen die Gruppen „Letzte Generation“ und „Extinction Rebellion“ aus der „Fridays for Future“-Bewegung hervor.

Ein weiteres wesentliches Charakteristikum von Graswurzelbewegungen ist zudem die moralische und ethische Legitimität, da diese Bewegungen zumeist direkt von Betroffenen initiiert respektive angeführt werden. Konträr zum bisherigen Staatskonzept, in welchem Millionen Bürger*innen mit ideologisch divergierenden Einstellungen in einem geographisch abgegrenzten Gebiet, unter dem Banner von historisch gewachsenen Bürokratie-Strukturen auf Wohl und Verderb „zusammengepfercht“ werden, können in online-Gesellschaften/ Netzwerken ideologisch konvergente Menschen bzw. jene, die denselben Wertekompass besitzen, sich trotz geographisch abweichender Lokation koordinieren.¹⁹

Die Notwendigkeit desselben Wertekompasses rührt daher, dass dezentrale Machtstrukturen am Beispiel von Graswurzelbewegungen sich mit einer Anzahl an Problemstellungen konfrontiert sehen. Das auf den gemeinsam geteilten Werten beruhende Vertrauen stellt in Abwesenheit einer zentralen Autorität sicher, dass die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt werden kann, komplexe und schwerwiegende Konflikte in der Organisation durch die Schaffung eines konsensbildenden Rahmens und Dialoges adressiert werden können.

Aufgrund der ausgeprägten Heterogenität von dezentralen Machtstrukturen im Kontext der Fähigkeiten, Hintergründe und Ansichten ihrer Mitglieder, können geteilte Werte die Basis für Einheit sicherstellen und hierdurch das Anstreben von gemeinsamen Zielen gewährleisten. In weiterer Folge kann durch die geteilten Werte zudem ein Gefühl von Zugehörigkeit und Identität geschaffen werden, was speziell im Kontext von Angriffen und externen Herausforderungen eine bedeutende Rolle spielt. Nicht zuletzt stellen die geteilten Werte den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, wodurch diese einerseits für alle Mitglieder als Orientierungspunkt zur Fokussierung der Bemühungen fungieren und andererseits als konstantes Fundament für die Initiativen und Bemühungen der Aktivist*innen das nachhaltige Bestehen der Bewegung sicherstellen.

¹⁸ Vgl. Maleh (2021) online

¹⁹ Vgl. Srinivasan (2022)

Werte welche von „Fridays for Future“, dem „Arabischen Frühling“ oder „Occupy Wall Street“ gleichermaßen geteilt wurden sind etwa: soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Menschenrechte und Würde, Jugend und Zukunft, Inklusion und Vielfalt sowie Graswurzel-Aktivismus und Partizipation. Um dieses Wertefundament langlebig zu gestalten und die „Hegemonie der Vielen“ nicht an der Brandung der ersten Erfolge brechen zu lassen, muss zudem die Gemeinschaft zwischen den einzelnen Mitgliedern respektive heterogenen Gruppen geschaffen werden. Hierbei besitzt die Schaffung von Gemeinschaft eine kurzfristige sowie eine langfristige Komponente.

Als kurzfristige Maßnahmen sind etwa Solidaritätsaktionen unter den Gruppen, Dialogforen, schnelle Konfliktlösungsmechanismen und Solidaritätsaktionen zu sehen. Solidaritätsaktionen (z.B. gemeinsame Demonstrationen) dienen dazu, verschiedene Gruppen durch gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen zusammenzubringen und hierdurch die gegenseitige Unterstützung für die spezifischen Hürden des anderen zu unterstreichen. Einen Schritt weiter wird im Zuge von gegenseitigen Unterstützungsaktionen gegangen, wobei Mitglieder einer Gruppe (z.B. Naturfreunde Österreich) im Rahmen von kurzfristigen Projekten (z.B. Verteilaktionen) eine andere Gruppe (z.B. Autonome österreichische Frauenhäuser) unterstützt. Um im Rahmen der Zusammenarbeit bzw. der Entwicklung der Gemeinsamkeiten den Austausch nicht zu kurz zu kommen zu lassen, bedarf es der Schaffung von Dialogforen. Diese dienen dazu, einen Raum zu schaffen, in welchem die verschiedenen Gruppen offen kommunizieren und zusammen an der Identifikation und der Förderung ihrer Gemeinsamkeiten arbeiten können. Um die potenziellen Konflikte, welche im Zuge des Dialoges entstehen, zu entschärfen, müssen schnelle Konfliktlösungsmechanismen in Form von Prozessen zur sofortigen Adressierung von Konflikten zwischen den Gruppen und deren Lösung sichergestellt werden.

Langfristige Maßnahmen wiederum sind: die Förderung von Kultur und Vielfalt, eine auf den gemeinsamen Werten und Zielen beruhenden Vision, Intergruppen-Beziehungen oder langfristige Projekte, wie beispielsweise etwa die Schaffung einer gemeinsamen Identität. Als wesentliche Komponente dieser Identität muss sichergestellt werden, dass es die Entscheidung eines jeden einzelnen Individuums ist, Teil dieser Hegemonie zu sein („keine Zwangskonvertierung“). Jeder Person, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion sowie sozioökonomischem Status muss es möglich sein, Teil des Ganzen zu werden, sofern sie sich zu den gemeinsamen Werten bekennt und ein übergeordnetes Dogma z.B. **„Ob heute oder morgen, schaffe Mehrwert, minimiere Leid“** teilt. Man hat sich dazu zu bekennen, dass die Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart nicht zu Lasten künftiger Generationen geschehen dürfen, sprich die Fähigkeiten künftiger Generationen dürfen nicht kompromittiert werden. Gerechtigkeit – die Würde des Individuums ist unantastbar – dies gilt sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. In einer Welt des steten technologischen

Fortschrittes, ist sicherzustellen das Technologien jederzeit zum Wohle aller eingesetzt werden und zudem genutzt werden, um kulturelle Vielfalt zu achten und gleichzeitig Unterschiede zu überbrücken.

Förderung und Gewährleistung von Bildung und Rechtstaatlichkeit

Unter der Prämisse, dass ein Kollektiv aus informierten Individuen zu denselben Schlüssen kommt, wie jene der propagierten Vision/ Identität, ist der Schwerpunkt auf objektive! Bildung und Aufklärung zu legen. **„Wir wollen keine Herdentiere, wir wollen ein Kollektiv aus Individuen, die gemeinsam an einem Strang ziehen“.**

Die zwei Säulen Schaffung/ Gewährleistung von Gerechtigkeit und Fairness sowie Förderung von Bildung und Information im Kontext einer „Hegemonie der Vielen“ sind, um nachhaltig verankerbar zu sein, auf moderne Technologien (z.B. Blockchain-Technologie) angewiesen.

Wie bereits ausgeführt, stellen dezentralisierte Machtstrukturen (beispielsweise in Form von Graswurzel-Aktivismus) ein wesentliches Element für das Gelingen einer „Hegemonie der Vielen“ dar. Das angestrebte Ziel wird auf globaler Ebene adressiert und auf lokaler Ebene umgesetzt. Diesem Schema folgend rief „Fridays for Future“ am 15.09.2023 zum „14. Globalen Klimastreik“ auf. Hierbei wurden global rund 800 Aktionen initiiert, wobei sich der Großteil auf den Staaten des nordamerikanischen bzw. europäischen Kontinentes konzentrierte.²⁰

Die untersuchten Staaten dieser Kontinente werden laut dem Democracy Index 2022 alle als vollständige Demokratien angesehen. Von den 167 untersuchten Staaten werden 24 als vollständige Demokratien, 48 als unvollständige Demokratien, 36 als Hybridregime und 59 als autoritäre Regime gelistet.²¹ Dem „Freedom in the World“-Bericht 2023 kann entnommen werden, dass die globale Bevölkerung (7,9 Milliarden) zu 43% als frei, 28% teilweise frei bzw. 29 % nicht frei angesehen werden kann.²² Es zeigt sich, dass mehr als 50% der globalen Bevölkerung von hybriden respektive autoritären Regimen regiert wird.

Im Jahr 2022 hatten global 5,3 Milliarden Menschen Zugang zum Internet (zu beachten sind nationale Beschränkungen) – im Umkehrschluss kann gesagt werden, dass über 30% keinen Zugriff besitzen²³ – entsprechend steht es um das Ausmaß an unabhängigen Informationen, auf deren Basis Entscheidungen getroffen werden können bzw. die Wahrnehmung des die Individuen umgebenden gesellschaftlichen/ politischen Systems. Dem Dogma **„Ob heute oder morgen, schaffe Mehrwert, minimiere Leid“** folgend, besteht der erste Schritt

²⁰ Vgl. Fridays For Future (2023) online

²¹ Vgl. Economist Intelligence (2022)

²² Vgl. Freedom House (2023)

²³ Vgl. Statista (2023) online

Mehrwert für diesen Teil der Erdbevölkerung zu schaffen, darin, ihnen Internetzugang zu ermöglichen.

Eine nicht unumstrittene Möglichkeit hierzu bietet Starlink. Hierbei handelt es sich um ein Satelliten-Netzwerk, welches vom amerikanischen Raumfahrt- und Telekommunikations-Unternehmen SpaceX betrieben wird und weltweiten Internet-Zugang mit einer hohen Geschwindigkeit anbietet. Hierzu stehen seit 2023 rund 3.300 Satelliten im Weltall zur Verfügung. Dies ermöglicht es Regionen, in welchen es bisher nicht möglich war, eine Verbindung herzustellen, den Kontakt über das Internet aufzunehmen.²⁴ So wurde während der ersten Monate des russischen Angriffskrieges das ukrainische Kommunikationsnetz durch Starlink aufrechterhalten. Nutznießer waren das „ukrainische Internet“, alle Telefondienste sowie das ukrainische Militär. Während die Zurverfügungstellung der notwendigen Hardware (Terminal, Smartphones, Notebooks, etc.) bzw. Sicherheitsvorkehrungen (z.B. physische Sicherheit, Verschlüsselung) Komplexitätstreiber im Kontext dieses Unterfanges darstellen (speziell in autoritären Regimen), stellt dieser Service einen Ansatz dar, um den die gesamte Weltbevölkerung „an's Netz anzuschließen“.

Ein weiterer Punkt ist, dass sprachliche Barrieren, welche einer grenzüberschreitenden Koordination im Wege stehen könnten, durch den Einsatz von Übersetzungssoftware in Echtzeit abgebaut werden. Die Teilnahme bzw. die Möglichkeit zur Teilnahme am globalen politischen Diskurs setzt voraus, dass dieser in einer Sprache geführt wird, die man selbst beherrscht. So werden beispielsweise die sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen (UN)²⁵ von rund 2,8 Milliarden Menschen als Erst- oder Zweitsprache gesprochen, sprich mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ist aufgrund einer sprachlichen Barriere aus dem Diskurs ausgeschlossen bzw. sind ihr sämtliche Informationen nicht zugänglich. Diese Asymmetrie des Informationsstandes führt auf Makro-Ebene zu potenziellen Ungleichgewichten bzw. Unfairness in der Interaktion der einzelnen Parteien.

Sofern der Weltbevölkerung keine alternativen Möglichkeiten gegeben werden, sich zu informieren, stellen die lokalen Institutionen und Medien (sowohl staatlich als auch privat) die einzige Möglichkeit dar, sich zu informieren respektive sich zu bilden. Dadurch, dass 50% der globalen Bevölkerung von hybriden respektive autoritären Regimen regiert wird, kann ausgeschlossen werden, dass diese nicht mit manipulierten, in regimetreuer Propaganda getränkter Information getäuscht werden. Passend hierzu kann dem Roman „1984“ das Zitat: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit. Wer die Gedanken kontrolliert, kontrolliert die Realität!“²⁶ entnommen werden. Beispielsweise war die Manipulation von

²⁴ Vgl. Galileo (o. J.) online

²⁵ Vgl. United Nations (2023) online

²⁶ George Orwell (1949)

Fotografien als Teil einer breiteren Strategie der Geschichtsverfälschung ein wiederholt zum Einsatz kommendes Instrument im Propagandarepertoire der sowjetischen Führung unter Josef Stalin. Ehemalige, in Ungnade gefallene Wegbegleiter Stalins sowie politisch Verfolgte Personen wurden aus offiziellen Fotografien entfernt und somit aus der Geschichte getilgt. Auch zeigt sich im aktuellen Angriffskrieg Russlands, dass beide Kriegsparteien Gebrauch von Desinformation machen, um die öffentliche Wahrnehmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.²⁷

Um den Individuen in einer „Hegemonie der Vielen“ das unverfälschte aktuelle und historische Geschehen als Rüstzeug für ihre Handlungen zur Verfügung zu stellen, bietet die Blockchain-Technologie mannigfaltige Möglichkeiten. Der Einsatz dieser Technologie trägt zur Transparenz und Verifizierbarkeit von Nachrichten und Informationen bei, da die Originalquellen aufgezeichnet und von den Nutzer*innen validiert werden und somit in weiterer Folge deren Authentizität gewährleistet wird.

Aufgrund der Dezentralisierung von Blockchains, kann eine „demokratische Kontrolle“ von Informationen durch die „Vielen“ und in weiterer Folge Zensurresistenz (siehe Beispiel Manipulation von Fotos) sichergestellt werden. Speziell im Kontext der „Archivierung“ historischer Ereignisse bzw. der Geschichtsschreibung kann die dezentralisierte Blockchain-Technologie als ein unveränderliches, revisionsresistentes Register fungieren, wodurch Versuche von Akteur*innen und Interessensgruppen, historische Ereignisse in ihrem Interesse zu verfälschen, negiert werden. Um die Auswirkungen von ideologischer Verzerrung, Nationalismus, Propaganda sowie religiösem Einfluss speziell im Kontext der Hochschulbildung zu verhindern, muss den Schüler*innen und Student*innen in einer Hegemonie der Vielen kritische Medienkompetenz vermittelt werden, sprich, sie müssen in den Stand versetzt werden, Informationen und ihre Quellen kritisch zu hinterfragen und die entsprechenden Quellen überprüfen zu können.

Um einer möglichst breiten Masse den kostenfreien Zugang zu Bildung zukommen zu lassen, die Generierung und Vermittlung von Wissen auf möglichst vielen Schultern zu verteilen, Anreize zu schaffen, sich weiterzubilden sowie institutionalisierten Agitationsversuchen entgegenzuwirken, muss ein neuer Ansatz gefunden werden. Gemeinnützige Organisationen, wie etwa die „Saylor-Academy“ bieten kostenlose, selbstgesteuerte Online-Kurse in verschiedenen akademischen Fachbereichen an. Die Lernenden (aktuell rund 1,7 Millionen) wählen ihr eigenes Tempo und können den Abschluss dieser Kurse mit Zertifikaten nachweisen, welche zum Teil bereits als Nachweis einer akademischen Leistung gelten.²⁸

Diesem Beispiel folgend, kann unter Einsatz der Blockchain-Technologie ein global zugängliches Bildungsnetzwerk geschaffen werden, welches einerseits bestehende Inhalte

²⁷ Vgl. Timmermann (2023) online

²⁸ Vgl. Saylor Academy (2023) online

verschiedenster Autoren beinhaltet und zudem Anreize schafft (z.B. durch digitale Vermögenswerte – Tokens), ständig neue Inhalte durch die Nutzer*innen zu generieren. Gleichzeitig können diese digitalen Vermögenswerte als Belohnung für das Lösen von Aufgaben und das Ablegen von Prüfungen zur Erlangung von Zertifikaten genutzt werden. Hierdurch werden die „Vielen“ dafür belohnt, das Rüstzeug zu schmieden bzw. den Umgang damit zu erlernen. Die Nutzer*innen gelangen zu anerkannten Qualifikationen, ohne sich etwaigen monetären Hürden (z.B. Studiengebühren) stellen zu müssen.

Zudem wird durch die Zertifizierung und Authentifizierung von Qualifikationen auf Basis der Blockchain-Technologie die grenzüberschreitende Anerkennung von Abschlüssen erleichtert. Zumal Regime in den Herkunftsländern von geflüchteten Aktivist*innen und politisch Verfolgten nicht davor zurückschrecken, entsprechende Dokumente, als repressive Maßnahme, bewusst zurückhalten. Als mitigierende Maßnahme hierzu können Zeugnisse, Eignungsnachweise oder rechtliche Dokumente auf Basis der Blockchain-Technologie unveränderlich gespeichert werden und jederzeit öffentlich eingesehen werden. Auch wird hierdurch eine eindeutige Zuweisung und Verifizierung der Eigentumsrechte ermöglicht. Speziell in Hybrid- und autoritären Regimen, wo Grundbucheinträge manipulierbar sind, stellt dies einen großen Mehrwert dar.

Wenn es sich um eine global zugängliche Blockchain handelt, wird hierdurch eine internationale Anerkennung und Durchsetzung der Eigentumsrechte sichergestellt. Der Einsatz von Smart Contracts, welche ohne menschliches Zutun, bei Erfüllung der Bedingungen selbstständig ausgeführt werden, stellen auch eine Möglichkeit dar, das Potenzial willkürlicher Entscheidungen zu reduzieren und die Rechtssicherheit zu steigern. Die Nutzung der Blockchain-Technologie ist mit niedrigen Eintrittsbarrieren verbunden, wodurch es auch unterrepräsentierten Gruppen ermöglicht wird, an der Verifizierung der Transaktionen teilzunehmen und ihre Rechte geltend zu machen. Dadurch, dass alle Teilnehmer*innen die Möglichkeit besitzen, durch die Verifikation der Transaktionen zur Konsensfindung beizutragen, werden hier auch die Risiken einer dezentralen Entscheidungsfindung im Kontext einer „Hegemonie der Vielen“ entsprechend gesenkt.

Literaturverzeichnis

- Andreas Mitschele (2019): Definition: Was ist "Smart Contract"? in: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/smart-contract-54213/version-372222> (aufgerufen am 31.08.2023)
- Balaji Srinivasan (2022): „The network state in one thousand words“, in: <https://thenetworkstate.com/the-network-state-in-one-thousand-words>, (aufgerufen am 01.09.2023)
- Brand, U. (2005): Konsens und Kampf - Über Globalisierungskritik, Hegemonie und Gegen-Hegemonie, in: <https://jungle.world/artikel/2005/09/konsens-und-kampf> (abgerufen: 15.04.2023)
- Brand, U. / Scherrer, C. (2005): Contested Global Governance. Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung.
- Carole Maleh (2021): Graswurzelbewegungen: Wo aus zivilem Ungehorsam „echter“ Wandel wird, in: <https://carole-maleh.com/blog/graswurzelbewegungen-wo-aus-zivilem-ungehorsam-echter-wandel-wird/> (aufgerufen am 01.09.2023)
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2023): Nah am Bürger: Dezentrale Regierungs- und Verwaltungssysteme „Made in Germany“ , in: <https://www.reformgestaltung.de/themen/dezentralisierung> (abgerufen am 22.04.2023)
- Detges, U. (2021): Framing: Der Kampf um die Kulturelle Hegemonie in den Sozialen Netzwerken, Version 1 (31.05.2021, 16:33). In: Stephan Lücke & Noemi Piredda & Sebastian Postlep & Elissa Pustka (Hrsgg.) (2021): Linguistik grenzenlos: Berge, Meer, Käse und Salamander 2.0
- Economist Intelligence (2022): Democracy Index 2022 - Frontline democracy and the battle for Ukraine
- Freedom House: Freedom in the world 2023 – Marking 50 years in the struggle for democracy
- Fridays for Future (2023):Map of Actions: <https://fridaysforfuture.org/action-map/map/>, abgerufen am 15.09,2023
- Galileo (o.J.): Elon Musks Starlink: Das steckt hinter dem größten Satelliten-Netz der Welt, in: <https://at.galileo.tv/weltall/satelliten-ermoeglichen-highspeed-internet-weltweit/>, abgerufen am 15.2023
- George Orwell (1949): 1984
- IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change: <https://www.ipcc.ch/> (aufgerufen am 01.09.2023)
- Jacobitz, R. (1991): Antonio Gramsci – Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) – Nr.5
- Kempen, B. (2023): Hegemonie in: Staatslexikon8 online, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Hegemonie> (abgerufen: 15.04.2023)
- Mehr Demokratie e.V. (2018): kurz & bündig – Mehr Demokratie – die Grundlagen, 5. Auflage

Galip Eraslan, MA Wie organisiert sich eine „Hegemonie der Vielen“?

Meyer, H-H (2022): Hegemonie, in: <https://filmlexikon.uni-kiel.de/doku.php/h:hegemonie-4525> (abgerufen: 15.04.2023)

NASA: Global Climate Change: <https://climate.nasa.gov/>, (aufgerufen am 01.09.2023)

Nassim Nicholas Taleb (2008) The Black Swan: The Impact of the Highly Improbable

oesterreich.gv.at-Redaktion (2023): Bürgerbeteiligung – Direkte Demokratie, in: https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/buergerbeteiligung_direkte_demokratie.html

Saylor Academy (2023): About Saylor Academy, in: <https://www.saylor.org/about/>, abgerufen am 16.09.2023

Schneider, G. / Toyka-Seid, C. (2022): „Hegemonie“, in: Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2023 (abgerufen: 15.04.2023)

Schubert, Klaus/Martina Klein (2020): Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz

Schweizerische Eidgenossenschaft (2023): Politische Rechte, in: <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home.html> (abgerufen am 22.04.2023)

Skrobisz, N. (2020): Kulturelle Hegemonie, in: <https://freiheitslexikon.de/kulturelle-hegemonie/> (abgerufen: 15.04.2023)

Sophie Timmermann (2023) : Ein Jahr Krieg in der Ukraine: Wie Desinformation zu einer mächtigen Waffe wurde, in: <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2023/02/24/ein-jahr-krieg-in-der-ukraine-wie-desinformation-zu-einer-maechtigen-waffe-wurde/>, abgerufen am 16.09.2023

Statista (2023): Schätzung zur Anzahl der Internetnutzer weltweit für die Jahre 2005 bis 2022, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/805920/umfrage/anzahl-der-internetnutzer-weltweit/#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Internetnutzer%20weltweit,rund%20%2C9%20Milliarden%20gestiegen>, abgerufen am 15.09.2023